

## PRESSEMITTEILUNG

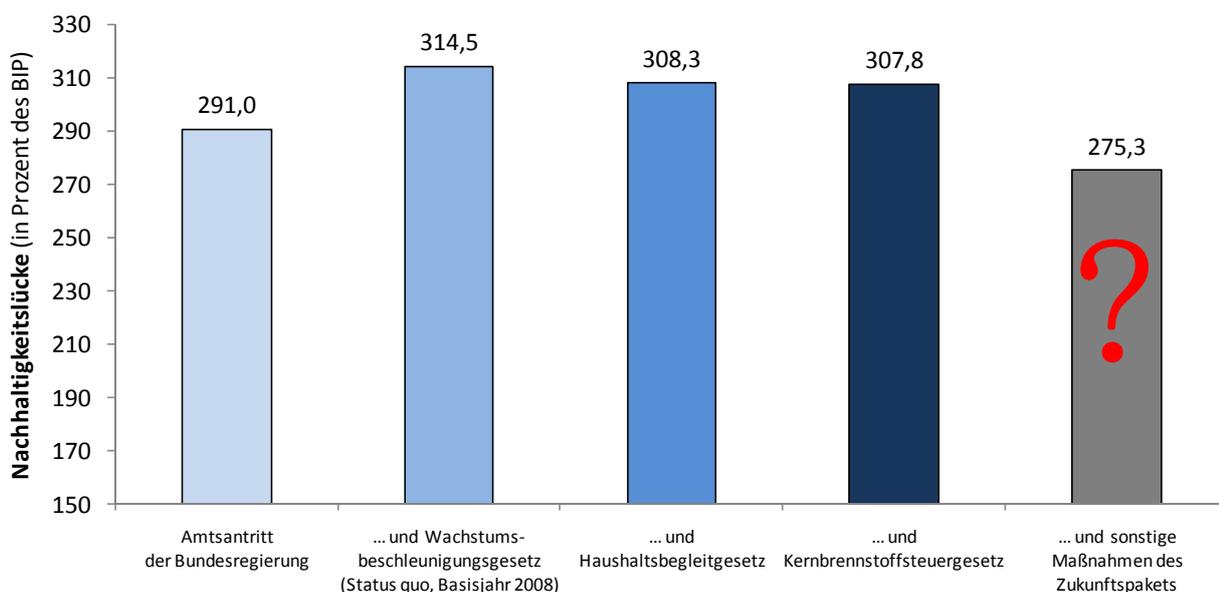
Berlin, 19. Oktober 2010

### Ein Jahr Schwarz-Gelb: Tragfähigkeitsbilanz negativ

Nach neuesten Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft und des Forschungszentrums Generationenverträge hat das erste Jahr der schwarz-gelben Bundesregierung zu keiner Verbesserung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte geführt. Im Gegenteil: Im Vergleich zu der von der Großen Koalition „geerbten“ Nachhaltigkeitslücke in Höhe von 291 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ist die Nachhaltigkeitslücke aktuell sogar auf 308 Prozent des BIP gestiegen, das entspricht dem dreifachen Umfang der Wirtschaftsleistung Deutschlands oder 7,4 Billionen Euro. Allerdings könnte die konsequente Umsetzung der noch offenen Bausteine des Zukunftspakets sowie der Gesundheitsreform eine erste Verbesserung bringen. Dazu müsste die Regierungskoalition auch auf der Ausgabenseite mutiger reformieren.

Nach einem Tiefstand von 188 Prozent des BIP vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 sah sich die schwarz-gelbe Regierungskoalition bei Amtsantritt im Herbst 2009 bereits mit einer großen Nachhaltigkeitslücke in Höhe von 291 Prozent des BIP konfrontiert. Dieser Anstieg war insbesondere auf die Wirtschaftskrise und die sich anschließenden Konjunkturprogramme zurückzuführen. Doch anstatt dem Gebot der Stunde zu folgen und von Beginn an die notwendigen Konsolidierungsschritte einzuleiten, hat die Bundesregierung mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz als eine ihrer ersten Amtshandlungen den öffentlichen Haushalten zusätzliche Lasten in Höhe von 8 Mrd. Euro jährlich aufgebürdet. In der Tragfähigkeitsbilanz schlägt sich dies in einer Zunahme der Nachhaltigkeitslücke auf 315 Prozent des BIP nieder (siehe Abbildung unten).

Auch wenn die Regierungskoalition inzwischen erste Konsolidierungsabsichten erkennen lässt und sich im Juni 2010 im Rahmen einer „Sparklausur“ auf das sog. „Zukunftspaket“ als Strategie zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verständigt hat, fällt die Tragfähigkeitsbilanz nach einem Jahr Schwarz-Gelb negativ aus.



Mit dem Haushaltsbegleitgesetz und dem Kernbrennstoffsteuergesetz wurden zwar die ersten Bausteine des Zukunftspakets in den Gesetzgebungsprozess eingebracht. Ihre Nachhaltigkeitswirkungen sind mit knapp 7 Prozent des BIP allerdings sehr bescheiden und reichen nicht einmal aus, um die von der Bundesregierung selbst verursachte Belastung der öffentlichen Haushalte durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz zu kompensieren. Dementsprechend liegt die Nachhaltigkeitslücke nach einem Jahr Schwarz-Gelb mit 308 Prozent des BIP über dem Niveau bei Amtsantritt der Regierung.

Neben der nur geringen Konsolidierungswirkung und dem **Missbrauch der Sozialversicherungen als Verschiebebahnhöfe zur Entlastung des Bundeshaushalts** ist kritisch anzumerken, dass die Konsolidierungsanstrengungen der Bundesregierung mit der Kernbrennstoffsteuer, der Luftverkehrsteuer sowie der Streichung von Ausnahmereglungen bei der Ökosteuer bisher im Wesentlichen auf die Erhöhung der Einnahmen setzen. Einsparungen auf der Ausgabenseite wurden indes weitestgehend vermieden. „Zwar sieht das Zukunftspaket deutliche Einsparungen vor,“ merkt Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft, an. „Allerdings handelt es sich dabei derzeit lediglich um Absichtserklärungen und Hoffnungswerte.“ Erst wenn es gelänge, diese „Luftbuchungen“ durch konkrete Maßnahmen zu untermauern, kann die Konsolidierungsstrategie der Bundesregierung erfolgreich sein, gibt Raffelhüschen zu bedenken. So zeigen die Berechnungen, dass die Nachhaltigkeitslücke bei vollständiger Umsetzung des Zukunftspakets um 32,5 Prozentpunkte auf 275 Prozent des BIP sinken würde. Damit wäre ein erster Schritt zu einer ernsthaften Konsolidierung der öffentlichen Haushalte getan.

Auch die **Gesundheitsreform der Bundesregierung verwaltet in erster Linie nur den gesundheitspolitischen Stillstand vergangener Jahre und Jahrzehnte**. Denn sowohl die – entgegen dem Koalitionsvertrag – beabsichtigte Erhöhung des Beitragssatzes von 14,9 auf 15,5 Prozent als auch die Einsparungen infolge des GKV-Änderungsgesetzes, des Arzneimittelneuordnungsgesetzes (AMNOG) und des GKV-Finanzierungsgesetzes stellen lediglich eine Kompensation für den Ausgabenanstieg im Gesundheitswesen dar. Entsprechend ergibt sich durch die Gesundheitsreform der Bundesregierung keine Verbesserung der Tragfähigkeitsbilanz.

Neben dem AMNOG ist allein die beabsichtigte **Weiterentwicklung des Zusatzbeitragssystems als ein Schritt in die richtige Richtung** zu begrüßen. Mit Letzterem wird die Grundlage für eine Abkopplung der Arbeitskosten vom Ausgabenanstieg im Gesundheitswesen gelegt. Der angestrebte „gesamtgesellschaftliche Sozialausgleich“ gelingt jedoch nicht, da er ausschließlich an den beitragspflichtigen Einnahmen ansetzt, sonstige Einkommen wie beispielsweise Kapitaleinkünfte oder Einkommen aus Vermietung und Verpachtung jedoch außer Acht lässt. Und auch für die Tragfähigkeit der GKV ist damit nichts gewonnen. Der Ausgabenanstieg wird zukünftig lediglich über höhere Zusatzbeiträge statt über höhere Beitragssätze finanziert. Ein deutlicher Beitrag für eine nachhaltige Finanzierung ließe sich erreichen, wenn die GKV von den sozialversicherungsfremden Umverteilungsaufgaben entbunden und die beitragsfreie Mitversicherung nicht erwerbstätiger Ehe- und Lebenspartner aufgehoben würde. Dann könnte mittelfristig eine vollständige Umstellung der Finanzierung auf eine Gesundheitsprämie erfolgen, was einen wahrhaft gerechten Sozialausgleich über alle, nämlich über die Steuerzahler zur Folge hätte.

---

**Ansprechpartnerin**

Dr. Susanna Hübner  
Charlottenstraße 60  
D- 10117 Berlin

Telefon 030 – 20 60 57 33  
Fax 030 – 20 60 57 57

Besuchen Sie auch unsere Homepage zum Thema Generationenbilanz: <http://www.ehrbarer-staat.de>